

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. —
Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg, Verlag von
Bernhard Garbaum, Magdeburg-Neustadt, David von Franz Wegge, Magdeburg, Geschäftshalle, Breiteweg 127.
Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schwedendorferstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1567.

Bezahner- und zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Beleglohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuz-
band in Deutschland monatlich 1 Kreuzer 1.70 Mk., 2 Kreuzer 2.40 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich
2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2.50 Mk. Bestellungen. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der
Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsbüro die fünfzigpennige Zeitungszeitung 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7539.

Nr. 172.

Magdeburg, Dienstag, den 26. Juli 1893.

9. Jahrgang.

Der geplante Friedensschluß.

Der Streik der Zimmerer, sowie die Aussperrung der Maurer und Bauarbeiter ist beigelegt, ob für immer, hängt ganz von dem Willen der Unternehmer ab.

Nach reiflicher Ueberlegung haben die Arbeiter sich geeinigt, vorläufig die Bedingungen zu acceptieren, welche die Kommission der Arbeiter und Unternehmer unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters festgesetzt haben.

Um den Friedensschluß sobald als möglich herbeizuführen, haben die Arbeiter auf die Durchführung aller Forderungen verzichtet, die mit der Lohnforderung zugleich gestellt waren und sich nur auf die Zahlung eines Durchschnittslohnes von 48 Pf. verweist.

Die Arbeiter hoffen auf diesem Wege eine Verständigung herbeizuführen, da die Unternehmer früher erklärt, der streitige Punkt sei nicht die Lohnfrage, sondern die Frage, wer über Entlassungen der Arbeiter, über sanitäre und Wohlfahrts-Einrichtungen zu bestimmen hat.

Die Frage, ob die Unternehmer die Lohnforderung bewilligen können, ist durch die Unternehmer selbst beantwortet worden. Während bereits heute ein großer Teil wohlwollender Unternehmer höheren Lohnsatz zahlt, haben am Streik beteiligte Unternehmer vom Auslande zugezogenen Arbeitern bei weitem mehr bewilligt, als die heimischen Arbeiter verlangten; dazu tragen diese Unternehmer noch die ungeheueren Kosten, die durch die Heranschleppung fremder Arbeiter entstanden.

Zudem kommt, daß die Unternehmer vom hiesigen Publikum 55—65 Pfennige und noch mehr pro Stunde fordern, wobei ganz außer Betracht bleibt die Leistungsfähigkeit und das Alter der Arbeiter, was jedoch bei der Lohnzahlung an die Arbeiter wohl berücksichtigt wird.

Es fällt uns nicht ein mitten im Friedensschluß nachzuweisen, wodurch einige Unternehmer zu Vermögen gekommen sind. Wir kennen Personen, die vor Jahren mit „Holzspantinen“ auf die Bauten gingen und deren Frauen auf den Straßen „Kirchen“ verkauften, heute aber als Vollblut-Unternehmer im Bade weilen und sich laben an dem Glend, das ohne Verschulden der Maurer und Bauarbeiter über deren Familien gekommen ist.

Die Rücksicht auf diese tieftraurigen Verhältnisse, die Rücksicht auf die Geschäftswelt, die gleichfalls seit Wochen leidet, hat die Arbeiter bewegen, Frieden zu schließen. Sie stehen nicht als Sieger da, aber auch nicht als Besiegte. In musterhafter Weise haben sie (von wenigen Ueberläufern abgesehen) ihre Reihen geschlossen gehalten, haben sich durch nichts von ihren Zielen abbringen lassen, wie andererseits der Opfermut der übrigen Arbeiter die Kämpfenden einigermassen entschädigte und in lechter Stunde den Zimmerern und Bauarbeitern eine höhere Unterstützung in Aussicht stellen konnte.

Mit überwältigender Majorität beschloßen die Arbeiter folgende Resolution:

Zu Erwägung dessen, daß es sich bei dem augenblicklichen Kampf weniger um die gestellten Forderungen, sondern um die Macht und Ehre handelt und deshalb auf absehbare Zeit auf einen Friedensschluß nicht zu rechnen ist, wenn nicht jetzt auf der Basis der von dem Herrn Oberbürgermeister vorgeschlagenen Bedingungen ein Ausgleich zu Stande kommt, beschließt die am Sonnabend im Luisenpark tagende Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in dem gedruckt vorliegenden Tarif in seiner neuesten Fassung für dieses Jahr als bindend erachtet, den Streik aufzuheben und mit dem Arbeitgeberverband Frieden zu schließen, wenn derselbe unter gleichzeitiger Anerkennung des Tarifs innerhalb 14 Tagen sich bereit erklärt mit der im Tarif vorgesehenen Kommission im Dezember d. J. in Unterhandlung zu treten, um über die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das nächste Baujahr Vereinbarung zu treffen.

Sollte diese Erklärung in der angegebenen Zeit wider Erwarten nicht folgen, so überläßt es die Versammlung den Arbeitern der einzelnen Berufe, sich mit dem dadurch geschaffenen Zustand abzufinden.

Sollten die Unternehmer diesen Friedensschluß nicht acceptieren, so beweisen sie damit auf das entschiedenste, daß es ihnen auf eine Niederknüppelung der Organisation, auf einen ungeheueren Druck auf die bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen ankommt und sie der Arbeiterschaft die in dem Erlasse des Kaisers zugesprochene Gleichberechtigung versagen wollen.

Mögen die Unternehmer sich der ungeheueren Verantwortung bewußt werden, die sie durch Ablehnung des dargebotenen Friedensschlusses auf sich laden. Die Arbeiter haben ihr möglichstes gethan, weiter zu gehen ist unmöglich.

Was geht vor?

Als vorstehende Zeilen in Druck gegeben, erfuhren wir, daß eine Anzahl Unternehmer ihre Arbeiter bereitwilligst Montag früh die Arbeit aufnehmen ließen, andere hingegen die Arbeiter abweisen und auf Mittag vertrösten, wieder andere die Schamlosigkeit besaßen, den Arbeitern 40 Pfennige Lohn zu bieten. „Wir haben Tschechen, Italiener und Polen genug, wir gebrauchen Euch nicht mehr,“ bekamen Arbeiter zu hören.

Darnach gewinnt es den Anschein, daß einige Unternehmer nicht mal das dem Oberbürgermeister gegebene Versprechen einzulösen gedenken — sie drücken sich mit der faulen Ausrede um die Lohnfrage, was vor dem Oberbürgermeister verhandelt, seien nur „Vorschläge“, aber keine „positiven Abmachungen“ gewesen. Wir wissen nicht, welche Stellung die Arbeiter hierzu einnehmen, daß aber das Friedenswert hierdurch gestört wird, bedarf keiner Erörterung. Mögen gewisse Unternehmer sich hüten, den Bogen allzu straff zu spannen. Die Arbeiter werden Mittel und Wege finden, den Hochmut einzelner zu brechen. Noch kann weiteren Maßnahmen vorgebeugt werden, noch ist es Zeit zur Umkehr. Mögen sich dies Unternehmer, welche die Arbeiter zwingen wollen, den Leidensfeld bis zur Reize zu leeren, gesagt sein lassen. —

Da unter diesen Umständen partielle Streiks ausbrechen können, richten wir an die gesamte Arbeiterschaft die Bitte, ein Augenmerk auf die Zustände in Magdeburg zu haben und jeden Bezug nach hier zu vermeiden. Auch die Presse wolle hiervon Notiz nehmen. An die Magdeburgische Arbeiterschaft richten wir die Bitte, ihre vielleicht zum zweiten Male in den Ausstand getriebenen Kameraden thatkräftigst zu unterstützen. —

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter.

Die Kommission der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter stellt das Resultat des geplanten Friedensschlusses zusammen und gedenkt dasselbe am Dienstag oder Mittwoch in öffentlicher Versammlung den Beteiligten zu unterbreiten. An dieselben richten wir die Bitte in leidenschaftsloser Weise den Ereignissen entgegenzusehen und bei allen Verhandlungen nicht das Herz, sondern den Verstand entscheiden zu lassen.

Richterbeleidigung.

Weitere Preßstimmen.

Hamburger Echo: Wir müssen gestehen, daß wir diese Debatte nicht verstehen. Es sind in den Uebersetzungen über die Leistungen der Justiz keine bestimmten Fälle genannt, also keine bestimmten Personen des Richterstandes benannt oder angebeutet, die sich durch die Uebersetzungen getroffen fühlen könnten. Es ist im Gegenteil nur von einem Teile die Rede, und wenn man selbst die Begriffe Justiz und Richter einfach identifizieren wollte, was uns aber absolut unzulässig erscheint, so würden noch immer nicht „die preussischen Richter“ beleidigt sein; eine Beleidigung könnte erst dann vorliegen, wenn bestimmte richterliche Personen erkennbar gemacht wären, auf welche sich die Uebersetzungen beziehen sollen. Will man jede Kritik der Justiz im allgemeinen auf die Richter im allgemeinen beziehen, dann würde überhaupt die Möglichkeit der Kritik aufhören. Uebrigens eine Frage: Wenn die gesamten preussischen Richter beleidigt sind, wo sind dann die Richter, die kompetent sind, das Urteil zu sprechen? Dann sind ja sämtliche preussischen Richter in der Sache Partei und nach allem Rechtsgrundsatz soll doch niemand in eigener Sache Richter sein. Wir glauben deshalb nicht, daß die Auffassung der Magdeburger Richter vor der höheren Justiz Bestand haben wird.

Frankfurter Zeitung: Die Logik des Magdeburger Gerichts wird vielen Leuten nicht einleuchten, einmal weil die Beziehung der öffentlichen Gewalt auf die Justiz zum mindesten zweifelhaft ist, und zweitens weil selbst die Behauptung eines parteiischen Eintretens der Justiz noch keineswegs Zweifel gegen den guten Glauben der Richter auspricht. Zudem hätte das Gericht sich erinnern sollen, daß der Justizminister selbst im Reichstage die besonders strenge Bekämpfung sozialdemokratischer Angeklagter mit dem Satz zu rechtfertigen gesucht hat: si duc idem faciunt, non est idem. (Wenn Zwei dasselbe thun (sagen), so ist es damit nicht dasselbe.) —

Wie die hiesige Presse urteilt.

Magdeburgische Zeitung: — — — — —
Central-Anzeiger: — — — — —
General-Anzeiger: — — — — —
Kämlicher Anzeiger: — — — — —
Sachsenchan: — — — — —

Neudeutsche Mittelstandsretterei.

Die Retter des kleinen Mannes reklamieren bekanntlich beständig von der berühmten guten alten Zeit, da das Handwerk noch den berühmten goldenen Boden hatte, und erblicken in der Beseitigung des Großbetriebs die notwendige Voraussetzung zur Gesundung der sozialen Zustände. Da ihr Urteil durch keinerlei Sachkenntnis getrübt ist, so halten sie es für möglich, durch Besteuerungskünste u. d. kapitalistische Entwicklung auf ein längst überwundenes Stadium zurückzuführen.

So hat z. B. der Detaillisten-Verband von Rheinland und Westfalen in seiner letzten Hauptversammlung einen Ausschuß von 14 Vertretern des Textil-Kleinhandels eingesetzt, um über Maßnahmen gegen Großbuzare zu beraten. Der Ausschuß bringt nun folgende Beschlüsse zum Vorschlag:

Großbuzare sollen mit einer Sondersteuer belegt werden. Wenn jemand in einer Stadt außer dem Hauptgeschäft Zweig-Stellen errichtet, so sollen diese von der Gemeinde mit einer progressiven Steuer belegt werden. Zweigstellen auswärtiger Detailgeschäfte sollen ebenfalls von der Gemeinde mit einer Sondersteuer belegt werden. Es ist wünschenswert, diese Steuer nach der Anzahl der im Lande bestehenden Zweigstellen des Mutterhauses progressiv zu gestalten. Der letzte Vorschlag soll zur Einschränkung des Firmenzuwachses dienen. Es folgt die Uebertragung eines Geschäfts, das noch nicht 6 Jahre besteht, so ist die alte Firma zu löschen. Die neu einzutragende Firma muß den Namen des neuen Inhabers führen. Jede Bezeichnung, die sich auf die frühere Firma bezieht, ist verboten.

Mit dergleichen Mittelstücken, die, ganz abgesehen von ihrer ökonomischen Unsinngigkeit, in ihrer Durchführung auch rein juristisch auf nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würden, hofft man die geliebte Zeit der Zünfte, die sich auf der Opernbühne in den Meisterfingern in der That recht gut ausnimmt, wieder herbeizuführen zu können. Wir möchten aber diesen feurigen Schwärmern für die Herrlichkeit der mittelalterlichen Blütezeit des Handwerks empfehlen, einmal die Verse Sebastian Brants zu lesen, welche dieser in seinem Narrenschiff zu Ende des 15. Jahrhunderts singt, und die mit den Strophen der Meisterfingern gar seltsam disharmonieren:

Kein Handwerk hat mehr seinen Wert,
Ueberlastet ist jedes und beschwert.
Ein jeder Knecht will Meister werden,
Denn sind jetzt Handwerk viel auf Erden.
Mancher zum Meister sich erklärt,
Denn nie ein Handwerk wird gelehrt.
Einer dem andern wirkt zu Leide
Und treibt sich selbst oft über die Haide.
Was dieser will nicht billig geben,
Da sieht man zwei oder drei daneben,
Die meinen, das zu liefern m.
Doch die Arbeit ist, wie sie soll;
Man jubelt Ware jetzt in Eil,
Doch man sie billig hatte feil.

Dabei kann man nicht lange bleiben:
Teuer kaufen und wohlfeil verkaufen!
Das Handwerk trägt man so zu Grabe!
Es kann kaum noch ernähren sich.

Und das am Ende des 16. Jahrhunderts! Und heute, 400 Jahre später, wissen unsere Innungsschwärmer auch nichts anderes zu sagen!

Ein deutscher Universitätsprofessor grub diese charakteristischen Verse des alten Chronisten aus und citierte sie in einem jüngst erschienenen Buche, welches die kopflose Politik schilt, die man bei uns dem kleinen Manne gegenüber einschlägt.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

In der konservativen Korrespondenz bringt Graf Mirbach wieder einmal seine Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht zum Ausdruck.

Die Wünsche auf Herabsetzung der Altersgrenze für den Eintritt in den Genuss der Altersrente sollen keine Aussicht auf Erfolg haben, es sei denn, daß eine Beitragssteigerung Platz greift. Die Vertreter der Sozialdemokratie werden schon die herrschenden Parteien zwingen ihren Widerstand gegen eine Reform der Versicherungsgeetze (natürlich ohne Beitragserhöhung) aufzugeben.

Noch weitere Gänsefelder. Die Verhandlungen zwischen Rußland und Deutschland beziehen sich, wie der Nationalzeitung geschrieben wird, darauf, daß Rußland auf die Erhebung höherer Zölle verzichtet, auf deutscher Seite dagegen der russischen Gänsefuhr in der früher üblichen Art noch weitere Stellen eröffnet werden, als ursprünglich bereits beabsichtigt war. Sehr vernünftig!

Die Bewegung der Getreidepreise. In der Leipziger Volkszeitung führt Genosse Calver aus, daß die Preise für Roggen und Weizen noch immer nicht auf jenes Niveau zurückgegangen sind, auf dem sie zu Beginn dieses Jahres standen. Wenn auch die Preise nicht mehr die Höhe vom April und Mai haben, so gehen sie doch noch immer weit über den um diese Zeit üblichen Durchschnitt hinaus. Das mag einestheils daher rühren, daß die Witterung eine für die Getreideernte ungünstige ist. Der fortwährende Regen verursacht zum mindesten eine Verspätung der Roggenernte und eine Verschlechterung der Getreidequalität; denn bei so feuchter, feuchter Temperatur kann das Korn nicht gehörig trocknen und ausreifen. Der Hauptgrund aber, warum der Preis noch immer so hoch ist, dürfte in der Knappheit der vorhandenen Vorräte liegen. Auch die Ernteschätzungen sind nicht derart, daß ein Fallen der Preise eintreten mußte. Wesentlich diesen Ursachen ist die jetzige Höhe der Getreidepreise zuzuschreiben. Die Preisbewegung für Weizen, Roggen, auch für Hafer, gestaltete sich seit Februar dieses Jahres in folgender Weise. Es kosteten in Berlin nach privater Ermittlung 1000 Kilogramm in Mark:

	Weizen	Roggen	Hafer
Mitte Februar	194,5	148,75	151
Mitte April	233	169,5	175
Ende April	233	169	175
Anfang Mai	235	170,5	175
Mitte Mai	249	175	176
Ende Juni	200	140	170
Mitte Juli	204	151	174

Die Mehl- und Brotpreise endlich sind so hoch, als ob die Getreidepreise immer noch den höchsten Stand aufwiesen, eine Erscheinung, die sich bei jeder Steigerung der Getreidepreise nachweisen läßt: daß nämlich beim Nachgeben der Rohstoffpreise die entsprechenden Brot- und Mehlpreise nur langsam folgen.

Eine interessante Frage richtet die Volkszeitung an die Germania, was sie dazu zu sagen hat, daß

Angestellte ihrer Kirche die katholische Braut des protestantischen Herzogs Ernst Günther von Sachsen-Gotha kirchlich trauen müssen? Ob diese erstaunliche Nachgiebigkeit der Kirche plausibel mit Rücksicht auf ein sogenanntes Hausgesetz oder aus welcher anderen Gründen, bleibt sich im Prinzip gleich. Zunächst wollen wir abwarten, ob die katholische Prinzessin dieselbe kirchliche „Strafe“ zu gewärtigen hat, wie eine katholische Arbeiterbraut. Nach einer Entscheidung der Inquisitionskongregation vom 29. August 1888 verfällt der Katholik, der seine Ehe von einem nichtkatholischen (protestantischen) Religionsdiener eingetragt läßt, der in der Bulle Pius IX. „Apostolicae Sedis“ vom 12. Oktober 1869 verhängten Exkommunikation latae sententiae, von der nur der Papst absolvieren kann. Ist der katholische Prinzessin von Coburg von diesem ihrem Schicksal, falls sie sich evangelisch trauen läßt, Kenntnis gegeben? Wir ersuchen die Germania, die uns gegenüber demonstrativ betont hat, daß die Kirche keinen Unterschied macht zwischen Reich und Arm, „Hoch“ und „Niedrig“, einer Antwort auf diese Frage nicht auszuweichen.

Auffehen erregt in Konstanz, daß die Strafe des großherzoglichen Hoflieferanten und Großbrauereibesizers Graf von Staab wegen Biersteuer-Defraudation im Betrage von 138 000 Mark im Gnadenwege auf 10 000 Mark reduziert worden ist.

Nachrichten aus dem Auslande.

Das englische Unterhaus hat nunmehr die Aufhebung des Impfgesetzes beschlossen, nachdem die Regierung bei der Debatte über das neue Impfgesetz durch den Abgeordneten H. Chaplin folgendes Amendement hatte einbringen lassen: „Eltern oder andere Personen sollen nicht einer der in §§ 29 und 31 des Impfgesetzes vom Jahre 1897 angedrohten Strafen verfallen, wenn sie innerhalb 4 Monaten nach der Geburt des Kindes zwei Richter der „petty sessions“ davon genügend überzeugen, daß ihrer Gewissensüberzeugung nach die Impfung die Gesundheit des Kindes schädigt, und wenn sie sieben Tage darauf dem Impfungs-Beamten des Bezirks ein Zeugnis der betreffenden Richter darüber vorlegen, daß der Widerstand des Gewissens vorliegt.“ Vielleicht funktioniert auch das deutsche Parlament die Gewissensfreiheit in Impfsachen.

Dem englischen Unterhause werden Nachtragsforderungen für den weiteren Ausbau der Flotte zugehen. Marineminister Goschen berief sich in seiner Rede auf die Vermehrung der Flotte anderer Staaten. Die Schraube ohne Ende.

Gegen Esterhazy wird, wie Pariser Blätter melden, die Untersuchung nicht nur wegen der falschen „Speranza“-Telegramme, sondern auch wegen einer Reihe anderer unerlaubter Mandate eingeleitet, welche derselbe gegen Oberst Picquart mit Hilfe höherer Offiziere unternommen haben soll. Letztere würden nicht gerichtlich verfolgt werden, jedoch Disziplinarstrafen erhalten.

Die Aufhebung der Diktatur in Spanien scheint in Aussicht zu stehen. Die „Correspondencia militar“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Handelsminister Gomazo, in welcher derselbe erklärt habe, bei dem gegenwärtigen ruhigen Verhalten der Bevölkerung und des Heeres werde das Dekret, durch welches alle in der Verfassung der erhaltenen persönlichen Rechte zeitweilig aufgehoben wurden, demnächst wieder außer Kraft gesetzt werden.

Die Direktoren der Blätter verlangten vom Ministerpräsidenten Sagasta eine Politik wie zu normalen Zeiten oder wenigstens Aufhebung der Zensur.

Zur Friedensfrage werden fortgesetzt von Madrid widersprechende Nachrichten verbreitet. Die spanische Regierung hat allem Anschein nach Friedensverhandlungen in

irgend einer Form angeknüpft, bestreitet aber nach außen hin, daß solche im Gange sind, um zu verhindern, daß die noch immer starke Gegnerschaft gegen den Friedensschluß die in der Schwere befindlichen Verhandlungen durchkreuzt. Es verläutet, daß der Handelsminister Gomazo mit der Führung der Friedensunterhandlungen betraut ist. Gomazo soll erklärt haben, ein für die Armee ehrenvoller Friede werde in Wälde abgeschlossen sein.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Ergebnisse des Reichshaushalts für das Etatsjahr 1897/98 haben sich (wie der Reichsanzeiger mittelt) nach dem Finalabschluß der Reichskasse, abzüglich auf den außerordentlichen Deckungsmittel angewiesenen Ausgaben wie folgt gestaltet: Im ganzen sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reiche verbleiben, im Vergleich mit dem Etat 63 132 147,43 Mark mehr auf gekommen, wovon 274 716,87 Mark zur Deckung des Mehrbedarfs bei den Ausgaben und 37 500 000 Mark in Gemäßheit des Gesetzes vom 31. März 1898 (R.-G.-Bl. S. 138) zur Verminderung der Reichsschuld verwendet sind, so daß als Ueberschuß des Etatsjahrs 1897/98 ein Betrag von 25 357 430,56 Mark verbleibt. Die angekündigte Heeresvorlage wird dem Ueberschuß schon wieder verschlingen.

Zur Landtagswahl erinnert die Nationalzeitung an die Vorgänge, welche sich gerade vor Jahresfrist, am 24. Juli 1897, im preussischen Abgeordnetenhaus abgepielt haben. An diesem Tage wurde das reaktionäre Vereinsgesetz bekanntlich mit 209 gegen 205 Stimmen verworfen, nachdem die Freikonserwativen durch einen Vermittlungsentwurf, der sich als ein Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokraten auf dem beschränkten Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes darstellte, verücht hatten, die zu erwartende Niederlage von der Regierung abzuwenden. Mit der Aufforderung an die Regierung, von dem schlecht unterrichteten Landtage an ein besser zu unterrichtendes Haus zu appellieren, habe damals Graf Limburg-Solim den Fingerzeig auf die Nationalliberalen“ verbunden, daß sie für die Ablehnung des Gesetzes die Verantwortung trügen. In der That, meint die Nationalzeitung, seien sich die Nationalliberalen dieser Verantwortung klar bewußt gewesen. Jetzt seien die Nationalliberalen „von neuem vor die schwere, aber gleichzeitig erhebende Verantwortung gestellt, die bürgerlichen und politischen Freiheiten des Volkes zu wahren.“ Die Gefahr einer wirtschaftspolitischen Reaktion, wie sie die agrar-konservative Partei erstrebe, sei nicht geringer geworden. Bei den Agrar-Konservativen handle es sich nach wie vor in erster Reihe um eine rücksichtslose wirtschaftliche Interessenspolitik, welche allein den Großgrundbesitzern von der in Preußen und im preussischen Landtag mächtigen Spezies der Obedienten Nutzen bringe; dann aber handle es sich für diese Leute darum, die politische Macht in ihre Hand zu bekommen, um eine allgemeine Reaktion gegen das liberale Bürgerthum und die liberale Staatsauffassung einzuleiten. Wie die Nationalzeitung mit Recht betont, sei zu befürchten, daß das Recht der Freizügigkeit im Wege der Gesetzgebung beseitigt, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen bei der zu erwartenden Abänderung noch weiter verschlechtert, ein allgemeines Volksschulgesetz nach bedrücktem Muster, ein neuer Affessorenparagraf, eine neue Vereinsgesetz-Novelle, ähnlich der im vorigen Jahre abgelehnten angenommen werde, wenn die freiheitliche Majorität von wenigen Stimmen bei den Neuwahlen beseitigt werde. — Mit diesen Ausführungen scheinen die nationalliberalen Blätter von Schlege der Magdeburgerischen Zeitung nicht einverstanden; sie verschweigen ihren Lesern die beachtlichen Präsumtionen. Vermuthlich wollen sie nicht daran glauben, daß den Nationalliberalen die Aufgabe gestellt ist, die bürgerlichen und politischen Freiheiten des Volkes zu wahren.

Reichstagswahlrecht und Bundesrat.

Wie man im Bundesrate über das jetzige Reichstagswahlrecht denkt, dafür müge ein früheres Mitglied des Bundesrats selbst Zeugnis ablegen.

Im Frühling 1895 kam im Landtage des Fürstentums Schaumburg-Lippe, das trotz seiner nur 40 000 Einwohner ein eigenes Landgericht hat, die damals im Reichstag behandelte Novelle zur Strafprozeßordnung zur Sprache. Der damalige, jetzt verstorbene Schaumburg-Lippische Staatsminister und Bevollmächtigte zum Bundesrat, Herr Spring, erklärte laut dem amtlichen Protokoll (S. 13):

„Nach den Verhandlungen der Reichstagskommission dürfte man eine Annahme des Gesetzes als wahrscheinlich bezeichnen, wenn nicht der Reichstag infolge anhaltender Beschlußunfähigkeit das Zustandekommen eines Gesetzes ver-

Fenilleton.

Russische Dorfaristokratie.

Ein Seitenbild von V. A. Isalow.

Aus dem Russischen von Wilhelm Goldschmidt.
(Nachdruck verboten.)

„Befehlen Eure Excellenz Thee?“ fragte Sjemjon Zwanytsch. „Ist es Ihnen gefällig, auf den Balkon zu gehen? Dort ist es frischer.“

Der General rührte sich indes nicht vom Platz und wandte kein Auge von der hübschen Anisja.

„Weshalb gehst Du herauf?“ fragte er.

Berschämt senkte das Mädchen den Kopf.

„Weshalb?“ fragte auch Sjemjon Zwanytsch.

„Es ist so heiß.“

„Märrin! Du weißt doch, daß der General bei mir zu Gast ist.“

„Es macht ja nichts aus.“

„Kein übles Mädel!“ rief der General und blinzelte auf Anisja, „Milk und Tee.“

Mit der einen Hand nahm er ein Glas Tee und kniff ihr mit der andern in die Schulter.

„Wie alt bist Du?“

Der General kniff sie von neuem.

„Lassen Sie mich los! So schertzt ja ein alter Mann nicht.“

Der General schloß sich gekränkt.

„Ich — ein alter Mann?“

„Sie wollen jung sein?“

„Ach Du Märrin! Kennst Du nicht das Sprichwort: Ein alter Gaul verdirt die Furche nicht?“

Anisja antwortete nicht und ging hinaus.

„Ist es Euer Excellenz nicht gefällig, auf den Balkon zu gehen?“ fragte Sjemjon Zwanytsch von neuem.

„Gehen wir. In Deinen Zimmern ist ein sonderbarer Geruch.“

„Weil die Tage so schwül sind.“

Dienstfertig schleppte Sjemjo Zwanytsch auf den Balkon einen Sessel und einen kleinen Tisch.

Der General nahm Platz, kostete den Tee und runzelte Stirn.

„Was ist das für Thee? Probier' einmal. Eine Art Gras.“

Sjemjon Zwanytsch probierte.

„Der Thee ist gut.“

„Solchen Thee, Brüderchen, trinke ich nicht.“

„Vielleicht ist er zu schwach.“

„Dunkel wie Bierwürze. Gib mir lieber ein Glas gute Milk. Thee werde ich wohl zu Hause trinken müssen.“

Sjemjon Zwanytsch stürzte in das Zimmer und kehrte bald wieder zurück.

„Erzählen werden soaleich Milk erhalten.“

„Weshalb umzäunst Du Deinen Garten nicht und legst Blumenbeete an? Kaufmann bist Du, aber lebst wie ein Bauer. Eine herrliche Lage! Du aber legst keine Hand an.“

Die Dekonomie ist ja ein gut Ding, aber es taugt nicht, wie ein Schwein zu leben. Du sollst sehen, was ich mir für einen Garten einrichte . . . mit einem Springbrunnen . . .“

„Erzählen — Sie und ich! Ein großer Unterschied! Sie haben Ihr eigenes Gut. Ich bin ja nur Arentador — heut hier, morgen auf einem anderen Platz.“

„Auf wie viele Jahre hast Du die Mühle übernommen?“

„Auf zwanzig.“

„Wie viele Jahre sind noch geblieben?“

„Nacht Jahre.“

„Eine Kleinigkeit!“

„Für einen wohlhabenden Mann wäre natürlich Zeit genug. Aber arge Jahre mußte ich durchmachen. Schlechte Ernten . . . und zählen muß man zum Termin . . . sonst giebt's einen Genidstob.“

Man brachte dem General ein Glas Milk.

„Nicht nach der Kuh,“ sagte er, nachdem er an der Milk gerochen hatte. „Im fremden Hause ist nicht wie daheim. Wie sauber wird bei mir das Vieh gehalten! Schick einmal Deine Frau zu mir. Sie wird staunen und ihre Frende haben. Es ist doch ihr Fach?“

Er trank die Milk und aß Brot dazu.

II.

Das Landgut des Generals Dion Pawlowitsch Maiachow, etwa sieben Werst vom Dorfe entfernt, lag an demselben Flusse

wie Bushlins Mühle. An das kleine, von gutem Fichtenholz erbaute, mit Eichenbrettern bedeckte und eiserne überdachte Wohnhaus schlossen sich Seitenflügel, ein Stall, eine Remise, ein Keller und ein langgestreckter Speicher an. Es stand hart am Fluß. Kein Garten, kein Blumenbeet war zu sehen, überhaupt hatte das Gebäude das Aussehen einer Kaserne. Der Weg jedoch, welcher von dem Gut nach Malinowka führte, war malerisch. Auf dem rechten bergigen Ufer des Flusses Malinowka führte er durch einen Eichenwald, lenkte bald in ein Dickicht ein, bald lief er hart am Ufer hin. Zumeist waren die Ufer steil, von Unkraut und Schlingpflanzen überwuchert. Geräuschlos floß der Fluß dahin mit seinem durchsichtigen Wasser. Wie glitzerte sonnenbeschienen dieses Wasser, ein sich schängelnder Spiegel, im Grün der Waldbäume und Ufersträucher! Entzückend war namentlich dieser Weg im Frühling, wenn die Bäume knospen und Schneeglöckchen an ihre Füße sich schmiegen . . . wenn die Weiden blühen . . . und die zierlichen Maiblumen. Blumen Duft erfüllt die Luft, in den Bäumen, im Gesträuch trillert die Nachtigall und dazwischen tönt das Pfeifen des Sirlen. Wie durch einen äppigen Park geht man auf diesem Wege. Der Wald, der zum Forst von Malinowka gehörte, war der Lieblingsaufenthalt von jung und alt. Hier lagerte sich die Dorf-aristokratie, um Tee zu trinken, den ersten Mai zu zu feiern, hier pflanzte sie Weiden und Maiblumen zu pflanzen und im Herbst Pilze zu jammeln. Zu Pfingsten strömten, um Kränze zu flechten, die Weiber und Mädchen zusammen; dann schimmerten durch das Grün die grellen Sfarasane und Tücher, Gesang und Lachen erfüllten die Luft, und der Wald schien zu lächeln, erschüttert von diesen Tönen. Im Schatten der Waldbäume fanden liebende Herzen einen Zufluchtsort — wie viele Senfter, Küsse, Thränen verbar mit seinem grünen Zeltdach der trauliche Wald! Am Waldsaum, wo die fischreiche Malinowka fließt, kamen die Fischer des Dorfes zusammen und hielten reichen Fang. Welche Herrlichkeit breitet sich über diesen Wald, wenn das Dunkel der Nacht ihn umhüllt . . . wenn die Bäume geheimnisvoll rauschen . . . wenn die Leuchtfläfer schwirren und es wie Brillanten am jungen Grafe und den Frühlingsblumen funkelt.

(Fortsetzung folgt.)

eitele." Wie uns ein Ohrenzeuge mitteilt, hat sich Herr Spring noch weit schärfer auszubringen beliebt und sich gegen "diesen Reichstag" ganz im beleidigenden Style der Kartellblätter ausgesprochen. Das war um so bezeichnender, als einige Monate darauf die Schaumburg-lippische Regierung sich veranlaßt fühlte, eine diplomatische Aktion ins Werk zu setzen, um von dem preussischen Herrnhause die Genehmigung zur Strafverfolgung eines Schaumburg-lippischen Schriftstellers wegen angeblicher Beleidigung dieses hohen Hauses zu erlangen.

Auf die Aeußerung des Herrn Staatsministers erwiderte der damalige Landtagspräsident und Reichstagsabgeordnete (Mitglied der freisinnigen Vereinigung) Herr Rechtsanwalt Langerfeldt, der eigene Neffe des Herrn Ministers, laut dem amtlichen Protokoll (S. 14): "Die Beschlussfähigkeit des Reichstages werde mit Einführung der Diäten aufhören, er bitte den Herrn Staatsminister, gegebenenfalls dafür einzutreten, erhielten doch auch die Bevollmächtigten zum Bundesrat neben ihrem Gehalte Diäten ausbezahlt."

Darauf antwortete S. Excellenz wiederum nach dem amtlichen Protokoll (S. 15) und wiederum, wie uns Ohrenzeugen mitteilen, in Wirklichkeit weit schärfer und bissiger: "Was die Bewilligung von Diäten an Reichstagsabgeordnete angeht, so sei der Bundesrat nur dann damit einverstanden, wenn durch ein verändertes Wahlgesetz andere Wahlen als solche auf breiterer Grundlage eingeführt würden. Das sei auch seine, Redners, persönliche Ansicht."

Hier erfahren wir aus dem Munde eines authentischen Zeugen, daß im Jahre 1895 der Bundesrat die Bewilligung der Diäten an eine Wahlverschlechterung knüpfen wollte. Es ist uns sehr nützlich erschienen, diese stets aktuell bleibende Thatsache aus den parlamentarischen Protokollen eines deutschen Bundesstaates herauszuheben, wo sie bisher ein unbedeutendes Dasein geführt hat. Was sagen unsere Offizien dazu? (Volkszeitung.)

Soziale Bewegung.

In den schlesischen Provinzialblättern werden unausgesetzt Maurer und Zimmerer nach Dresden, Magdeburg u. a. Orten gesucht um als Arbeitswilliger Verwendung zu finden. Die "Herren auf dem Baue" machen aber dabei allerlei üble Erfahrungen. Die in Ratibor erscheinende ultramontane Oberschlesische Volkszeitung berichtet folgendes:

Eine Anzahl Maurer, welche von Dresdener Unternehmern engagiert wurden, um an Stelle der freitenden Dresdener Maurer zu arbeiten, kehrten gestern von dort nach Oberschlesien zurück. Die Dresdener "Genossen" wußten die Arbeitsaufnahme seitens der Neuzugezogenen zu verhindern. Das Streikkomitee zahlte denselben die Hin- und Rückreiseflosten sowie eine Entschädigung und bewog sie, wieder nach der Heimat zurückzukehren.

Ein Bravo den ober-schlesischen Mauern!

Der Zimmererstreik in Eutin ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Der geforderte Stundenlohn von 88 Pfg. ist bewilligt.

Vom Hamburger Brotboikott liegt neues nicht vor. In Halberstadt streifen die Gaudschuhmacher der Firma Steinmann.

Ueber den im Erfurter Brauereigewerbe ausgebrochenen Konflikt zwischen Unternehmern und Arbeitern verhandelte das dortige Gewerkschaftskartell. Das Vorgehen der Brauerei-Arbeiter um Einführung der Sonntagsruhe wurde allgemein gebilligt. Um nochmals den Versuch einer friedlichen Lösung des Konflikts zu machen, erhielten die Brauerei-Arbeiter den Auftrag, beim Gewerbebeschiedsgericht vorstellig zu werden. Sollte hier eine Einigung nicht zu Stande kommen, hat eine Kommission des Gewerkschaftskartells bei den Brauereibesitzern die Forderung der Arbeiter zu vertreten. Es sollen alle Schritte unternommen werden, welche geeignet sind, eine Einigung zu erzielen und einen Bierboikott, der sich auf einen großen Teil Thüringens erstrecken würde, zu vermeiden.

In Aachen, wo der Streik bei der Firma Arnold und Schüll noch immer fort dauert, ist jetzt ein weiterer Ausstand in der Filiale der Tuchfabrik von Merzenich in Vals ausgebrochen. Der Grund ist die Entlassung eines Mitgliedes des Arbeiterausschusses, der auf Abstellung verschiedener Mißstände im Betriebe gedrungen hatte. — Wieder ein Beweis dafür, daß die Arbeiterausschüsse zu einer ganz kläglichen Rolle verurteilt sind.

Die Former Düsseldorf haben sämtliche Gieereien die folgenden Forderungen unterbreitet: Anständige Behandlung von Seiten jedes Borgelegten. Einstellung jedes Formers ohne Unterschied, wenn seine Papiere in Ordnung und sonstige moralische Delikte nicht vorliegen. Keine Anwendung schwarzer Listen oder Verzeichnisse unliebsamer Arbeiter. Ein Minimallohn von 4,50 M. für alle Former über 20 Jahr, unter 20 Jahr von 3,50 M. bei zehnstündiger Arbeitszeit.

Die Frankfurter organisierte Arbeiterschaft beabsichtigt, am 1. Oktober d. J., spätestens am 1. Januar 1899, ein Arbeitersekretariat zu errichten und zwei Sekretäre anzustellen.

Die Zahl der in München in den Ausstand getretenen Schmiede beträgt 193, die in 57 Werkstätten beschäftigt waren. Es wurden jedoch in 44 Werkstätten, wo 114 Gehilfen arbeiten, die Forderungen noch im Laufe des ersten Tages bewilligt, so daß nur noch 79 Mann ausständig sind.

Nachrichten aus Magdeburg.

Der Schumannsposten vor der Buchhandlung Volksstimme scheint eingezogen zu sein. Seit einigen Tagen vernahmen wir die Schlußleute. Ob dieselben jetzt durch den Streit der im Baugewerbe beschäftigten Personen von der Ueberwachung unserer sechs Schaufenster abgehalten waren, entzieht sich unserer Betrachtung.

In ihrer Sonntagsnummer verkündet die Magdeburgerische Zeitung folgendes: Ende des Bauarbeiterstreiks. Eine am Sonnabend abend im "Luisenpark" abgehaltene Maurer-, Zimmerer- und Bauarbeiterversammlung beschloß mit überwiegender Mehrheit, Montag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Wir wollen abwarten,

wie das Blatt den Ausgang des Streiks beurteilt, ob es von Siegern und Besiegten redet. Heute ist ihm noch der Mund verstopft. — In der Vorhalle des hiesigen Bahnhofs haben die Bauunternehmer ein großes Plakat anbringen lassen, welches eine Aufforderung an die zureichenden Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter enthält. Dieses Plakat enthält wieder den Vermerk des Druckers noch des Verlegers. Würden die Bauunternehmer auch nur einigermaßen auf hiesige Vorkommnisse achten, hätten sie wissen müssen, daß hienorts streng darauf geachtet wird, daß Plakate nicht ohne den Vermerk des Druckers u. angeheftet werden dürfen.

Der Central-Anzeiger hält unsere Mitteilung, daß die zum Erlaß der Bauarbeiter herangezogenen Italiener, Polen usw. in einem Eisenbahnschuppen auf dem Suraner Rangierbahnhof in menschenunwürdiger Weise untergebracht seien, für nicht glaubwürdig. Diese dummdreiste Behauptung zwingt uns, nochmals auf die Sache einzugehen. Der vor dem Schuppen der königlichen Eisenbahndirektion steht, ahnt nicht, daß in demselben Menschen wohnen; er ist vom Wetter arg mitgenommen, vor die schmutzigen Fenster sind zum Teil Bretter geschlagen. Wer von außen durch die Glasscheiben sieht, hat Mitleid das Innere zu entdecken. Nur spärlich ist das Licht, das von hier aus das Innere des Schuppens beleuchtet. Kein Luftzug dringt hier, ein Fenster und Thür sind geschlossen. Soweit das Auge die Dämmerung durchdringt, gewahrt es schmutzige Wände, an denen die Arbeitsachen der Italiener hängen. Auf dem Tische (ein schwarzes, schmutziges Gestell) liegen Speisegerichte, vornehmlich Kommissbrot, schmutziges Emailliergeschloß, Eisengefäß verjüngt diesen Anblick. Auf dem Fußboden, der gleichfalls unaußer erscheint, stehen und liegen allerhand Sachen umher. Und nun erst die Menschen. Auf einem roten Brettergestell (nicht direkt auf dem Fußboden) ist Stroh gelegt, das in einem ganz ordinären Sackchen gefüllt ist. Hieran ruhen die Italiener, sie liegen nebeneinander (auf einem Gestell 7, auf dem anderen weniger Personen) in zwei Abteilungen gefordert, zum Teil mit wolkigen Jaden und Unterhosen bekleidet, einige mit ihren Arbeitshosen. Ueber dem Körper liegt eine dunkle wollene Decke. Ein Bild des Jammers ist es, die schmutzigen Gesichter und Hände aus den Decken hervorstechen zu sehen. Man erspart uns die weitere Schilderung des Nachtgeschicks und der Wäscheeinrichtungen. Viel erregt uns beim Niederschreiben dessen, was wir beobachtet haben. Wahrlich, unser patriotisches Unternehmertum hat da eine wunderbar genügliche Menschenform beherrschet. Daß die königliche Eisenbahndirektion zu solchen Zwecken Räume zur Verfügung stellt, ist auch ein Zeichen der Zeit und verbietet in der Aera der neudeutschen Sozialreform gebührend gewürdigt zu werden. Unsere Patrioten offerieren sich zuweilen als Freunde des kleinen Geschäftsmannes. Auf königlich-preussischem Boden ist jedoch auf Wunsch eines raffigierigen Unternehmers eine Menschenform untergebracht, die sich in der Hauptsache mit Kommissbrot, Schwarzenkaffee und Fusel nährt und Seife, Kamur und reine Wäsche als Luxusgegenstände betrachtet. Wenn die Unternehmer Frieden auf ihren Bauten haben wollen, thun sie gut, diese Menschenform so bald als möglich wieder zu entfernen oder aber die Organisation der Arbeiter greift ein und macht aus diesen halb-wilden, schmutzigen Gestalten Menschen — brauchbare Menschen. Vielleicht kommt auch in Magdeburg die Zeit, daß die Unternehmer diejenigen zu fürchten bekommen, auf deren Dummheit und Bedürfnislosigkeit sie spekuliert hatten. Der nachweisen Redaktion des Central-Anzeigers aber raten wir, einmal an Ort und Stelle Umschau zu halten. Sie beliebt ja sonst, ihren Abonnenten allerlei Bilder aus Stadt und Land zu bieten. Wie wäre es mit einem Ulick, das die Wohn-, Schlaf- und Speisestätten der von den Unternehmern herangezogenen Italiener Stationen barstellte? Nur zu, nicht geniert! Als ein "Volksblatt hat sich ja das im Dienste des Unternehmertums stehende Blatt selbst tituliert, — wohl an, zeigt Euch als Volksfreunde. Bekennt die Wahrheit; die einzige Rettung, mehrere im Abfall begriffene Abonnenten noch auf kurze Zeit zu halten. Also los! Befolgt unseren wohlgemeinten Rat. — Doch noch ein Wort: Digne Notiz besagt, daß die Redaktion recht aufmerksam unser Blatt liest, weshalb hat es auf unser Eruchen geschwiegen, recht schnell "den Stoff" bekannt zu geben, den ein Wissenfreund über "hiesige Häupter" der sozialdemokratischen Partei haben will.

Unsere Mitteilung über die Internierung fremder Arbeiter in einem Schuppen auf dem Bahnhofe und an hat begreiflicherweise Aufsehen erregt. Man kann nicht begreifen, wie in Magdeburg, wofürst so viel auf Ordnung und Reinlichkeit gesehen wird, derartige Zustände geduldet werden. Eine Anzahl Hausbesitzer hat uns Mitteilungen zugehen lassen über, hantliche Veränderungen, die sie im Interesse der Gesundheit der Menschen haben vornehmen müssen. Und hier liegen in einem unfreundlichen Raume auf einem Strohlager ohne sonstigen Zubehör Menschen, die ihre Glieder nach gethaner Arbeit ruhen wollen. Eine verpestete Luft herrscht in diesem Raume, die jeden anwidert, der den Fuß über die Schwelle des Schuppens setzt. . . . Wahrlich, unsere Unternehmer im Baugewerbe laden eine schwere Verantwortung auf sich.

Die Nummer der Volksstimme, welche die Zustände in einigen hiesigen Bäckereien besprach, hat reizend Uebas gefunden. Vornehmlich waren es die Herren Bäckermeister, soweit sie nicht bereits auf die Volksstimme abonniert sind, die einen Artikel offerierten. Soffentlich wird in fraglichen Bäckereien sogleich Remedur geschaffen, bevor sie durch eine gewiß bevorstehende Kontrolle gezwungen werden, hier Wandel zu schaffen. Charakteristisch ist wiederum, daß nicht ein einziges hiesiges Blatt den Mut hat, die von uns aufgezählten Thatsachen zu erwähnen. Für die Bäckereiarbeiter und Konsumenten Grund, gegen diese unterdrückungswürdigen Blätter Front zu machen. Nicht zaudern — aus den Quartieren mit diesen Witschen.

Ein hiesiges Blatt hat erfahren, daß die Zahl der Grunderländer in diesem Jahre eine sehr geringe ist. In Anbetracht größerer Uebungen und noch nicht vollendeten Schließenditen haben Verurteilungen nur in beschränktem Maße stattgefunden. Die Grunderländer erhalten von den Arbeitgebern täglich 2-2,50 Mark, außerdem freie Station. Die Soldaten werden also bedeutend besser für ihre Arbeit bezahlt als die Civilpersonen, die mit 1-1,80 Mark, höchstens 2 Mark abgepflegt werden. Von freier Station ist bei diesem Lohne natürlich keine Rede. Man wird zugeben müssen, daß dieses Messen mit zweierlei Maß die Landarbeiter beunruhigt. Ihre Unzufriedenheit mit den Zuständen giebt sich jedesmal bei den Wahlen kund. Wir sehen, unsere Patrioten sind vorgügliche Förderer der Unzufriedenheit, die der Sozialdemokratie wieder zu statten kommt — so arbeitet alles für uns. Unseren Dank zuvor!

Herr Soubart hat sich in einem hiesigen Blatte wissenschaftlich über Arbeiterausstände und Einigungsämter ausgelassen und dabei etwas Partei für die Arbeiter genommen. Dazwischen geschrieen. Man ruft dem Sozialpolitiker rechtsfreisinniger Linie zu: Hände weg! Wie aber auch in Magdeburg ein Mann für Arbeiter zu wirken wagen kann.

Submissionsblüten. Die Erd- und Maurerarbeiten einschließlich der Bruchsteine und Bindemittel zum Neubau der Kirche in der Alten Neustadt an der Salzbedeckung wurden heute vergeben. Es forderten Hermann Stöber-Neustadt 57 898 Mark, Johannes Schneider hier 62 587,05 Mark, S. Sad u. Co. hier 62 915,80 Mark, August Maurice-Neustadt 67 181,65 Mark, Wilhelm Diebisch hier 72 264,65 Mark. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Das städtische Museum ist nunmehr wieder in allen seinen Teilen dem Publikum zugänglich.

Abgeklüsst ist am Sonnabend morgen gegen 8 Uhr bei Reparaturarbeiten an der Mundlos'schen Villa (Neustadt) ein beim Malermeister Rensch beschäftigter Gehilfe. Der Schwerverletzte wurde nach dem Neustädter Krankenhaus geschafft.

Allerlei Unfälle. Die Witwe Marie J. ist beim Reinmachen in der Stube von einem Tisch gefallen und hat dabei einen Beinbruch erlitten. Der Bäckerlehrling Otto P. ist von einem Gefellen mit einem Messer gestochen worden, wobei er eine Stichwunde am

linken Arm erlitten hat. Die Hausfrau Marie C. ist beim Abladen von Brennwaren auf dem Alten Markt, als die Pferde noch einmal anrücken, vom Wagen gefallen und hat sich dabei den linken Arm gebrochen. Das Dienstmädchen Marie K. hat sich mit heißem Wasser die rechte Hand verbrät. Die Verletzten mußten ärztliche Hilfe in der städtischen Krankenanstalt in Anspruch nehmen.

"Die Welt gehört den Germanen."

In empfehlende Erinnerung bringt sich der in London auf seinen "Lorbieren" ruhende altbekannte Kolonialheld Peters. Er hat der Magdeburgerischen Zeitung einen Artikel über den "Zusammenbruch der spanischen Kolonialmacht" geschrieben, dessen Schlusssätze folgendermaßen lauten: "Der Kontinent von Europa ist hoffnungslos in sich gespalten, und andererseits bestimmen die Mächte, welche die Ozeane beherrschen, die Geschichte der Welt. Denn sie haben die großen Heerstrassen in der Hand, auf denen Völk in Völk gelangen kann, im friedlichen Handelsaustausch, wie im kriegerischen Weltkampf. Und wer die überseeische Welt besitzt, dessen Blut wird vorherrschen auf unserem Planeten in die Jahrtausende hinein, die aus dem dunklen Schoß der Zukunft emporsteigen werden."

Dies ist das drohende Memento für Europa aus diesen Wendungen des spanisch-amerikanischen Krieges, in dem größere Einsätze auf dem Spiele stehen, als in den meisten Kriegen des Kontinents in den letzten vier Jahrhunderten.

Die Welt gehört den Germanen! Aber ich fürchte, wenn die Geschichte ihren Gang beibehält, werden es nicht die waffenstarken Germanen in Centralearopa sein, welche die Erde besitzen, sondern die meeresbeherrschenden Germanen angelsächsischen Rassengepräges, die im Gegensatz zu allen anderen Völkern der Erde, von den Tagen der sächsischen und normannischen Seekräuber an, nicht wandernd oder reitend, sondern seefahrend auf der Bühne der Geschichte erschienen sind.

Damit die Geschichte diesen Gang nicht nimmt, damit den waffenstarken Germanen in Centralearopa", d. h. den Deutschen, die Welt Herrschaft werde, sollte man doch schleunigst den Peters zum Leiter unserer Weltpolitik und die Magdeburgerische Zeitung zum Publikationsorgan dieses Mannes machen. Da kann gewiß nicht fehlen, daß die "Germanen angelsächsischen Rassengepräges" bei der modernen See- und Landräuberei den Kürzeren ziehen! —

Gerichtliche Urteile.

Verurteilungskammer.

Der Bäckermeister Robert Zimmermann zu Drewitz, geboren 1868, fuhr im Winter 1895/96 aus der Wilstener-Zerichower Forst eine größere Menge Buchholz ab, das er angekauft hatte. Bei dieser Gelegenheit soll er zwei bereits abgeschälte Stangen von 4 Meter Länge im Werte von 60 Pfennig und eine Anzahl Grubenhölzer im Werte von 12 bis 13 Mark gestohlen haben, dann unter dem Buchholz versteckt und mitgenommen haben. Die Stangen soll Zimmermann in seinem Geschäft und die Grubenhölzer zu einem Statet verwendet haben. Das Schöffengericht zu Loburg erachtete ihn auf Grund der Verhandlung vom 11. Mai dieses Jahres für schuldig und strafe ihn mit 2 Wochen Gefängnis. Das Berufungsgericht hob dies Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, weil das Zeugnis des einzigen Belastungszeugen, eines Bäckergesellen, der früher bei ihm in Arbeit gestanden und seine Demniziation veranlaßt hatte, nicht bedenkenfrei erschien.

Der Arbeiter Wilhelm Müller zu Brandenburg, geboren 1859, machte sich dadurch der Sachbeschädigung schuldig, daß er im Februar oder März d. J. in der Parkanlage in der Nähe des Denkmals des Grafen von Wartensleben zu Rogasen von mindestens 62 Bektannen die untersten Zweige bis zur Höhe von 1-1/2 Meter abschnitt und absägte, wodurch er den Bäumen die Schönheit raubte und einen Schaden von 500 Mark verursachte. Der Angeklagte gab den Frevler zu, behauptete aber, er habe nur von 30 Tannen etwa einen halben Centner Zweige abgeschnitten und diese an eine Kranzbinderei für 2 Mark verkauft. Das Schöffengericht zu Genthin strafte den Angeklagten am 20. Juni d. J. mit 6 Monaten Gefängnis. Seine Berufung wurde verworfen.

Verschiedenes.

Ein roher Patron. Eine Karte, aber gerechte Strafe wurde dem Kaufmannsohn Steinig aus Horta, Kreis Lauenowitz zubilligt. Derselbe hatte auf der Straße zwei an seinem Wagen vorbeifahrende Diabassretinnen ohne Ursache mit der Peitsche geschlagen. Die Straf-kammer in Benthzen verurteilte Steinig zu neun Monaten Gefängnis und ordnete seine sofortige Verhaftung an.

Zum Kapitel der unzufälligen Verurteilungen wird aus Hagen berichtet: Der Fabrikarbeiter Kottstein war im Jahre 1890 in Langerfeldt in einem Geschäft Laufgehilfe. Eines Tages erhält er einen Brief mit 68 Mark Inhalt zur Besorgung. Der Junge geht erst, um etwas zu essen, nach Hause und zeigt der Mutter den Brief, dessen sichere Aufbewahrung diese dem Knaben anempfiehlt. Der Junge geht weg und hat nach fünf Minuten den Brief verloren. Alles Suchen, an dem sich die Mutter auch beteiligt, ist vergeblich. Im Kontor hört man die Postkassette des Verleiers ungläubig an, und als man dem Durchsehen mit einem Stode broht, "gesteht" er, daß er Brief und Geld unterschlagen und seiner Mutter gegeben habe, die beides versteckt halte. Der Durchse wird zum Amtmann v. Krugh, damals in Langerfeldt, gebracht, der ihn eine gutgemeinte Rauschschelle verabreicht, worauf der Junge bei seinem Geständnis bleibt. (Der Amtmann hatte sich nach acht Jahren wegen angeblicher Verweigerung eines Geständnisses zu verantworten, wurde jedoch freigesprochen, weil der Knabe ja längst vor Empfang der Rauschschelle "gestanden hatte".) Der Knabe und die Mutter waren damals zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, die sie beide abgelesen haben. Nach langen Jahren kam man nun zu der absoluten Gewißheit, daß der Brief tatsächlich verloren worden war; zwei Fußleute hatten ihn gefunden und sich in die gute Deute geteilt. Ein Rechtsanwalt nahm sich der Sache an, erreichte die Wiederaufnahme des Verfahrens, und Mutter und Sohn wurden freigesprochen.

Nachrichten aus der Provinz.

Acherleben. (Von einer Lokomotive erfaßt.) Auf den Anhaltischen Kohlenwerken in Frose wurde der Arbeiter Binte von einer Lokomotive erfaßt und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Diebstahl. (Ein nicht gewöhnliches Leidenbegangnis.) Das Landgericht zu Magdeburg verurteilte am 15. April d. J. den Siller Schulze in Diebstahl wegen Entziehung eines öffentlichen Aufzuges bezw. einer öffentlichen Verlamina unter freiem Himmel, zu der die

Chronik auf das Jahr 1848.

27. Juli.

Unter dem Eindruck der erlittenen Niederlagen, die sein Heer zerprengt hatten, sandte Karl Albert die Generale Bes und Nostitz zu Nadeždy, um wegen eines Waffenstillstandes zu unterhandeln. Die Bedingungen Nadeždys waren: Preisgeben der Abdalanie, Räumung der Festungen Peschiera, Pizzighetone und Rocca, Abzug der Piemontesen aus Venedig, Modena und Parma, Aufhebung der Blokade von Triest durch die sardische Flotte und Freigebung aller in Mailand gefangenen Offiziere. Auf diese Bedingungen einzugehen, wäre für Karl Albert soviel wie die freiwillige Befreiung der Niederlage gewesen. Er brach deswegen die Verhandlungen ab und zog sich mit seiner Armee weiter gen Westen auf Cremona zurück. Die Oesterreicher setzten die Verfolgung fort. —

Kapitalismus und Staatsruin.

Wie kapitalistische Ausbeutung einen Staat dem Ruin entgegenführen kann, das kann man an Chile lernen. Die chilenische Regierung hat sich unlängst gezwungen gesehen, in die Schließung aller chilenischen und fremden Banken zu willigen. Aber diese Maßregel genügt nicht, der chilenische Kongress beschloß, einen Zahlungsausschub von 30 Tagen einzutreten zu lassen, und ob diese ausreichen werden, die bei den Banken und im Handelsverkehr hervorgetretenen Schwierigkeiten zu beseitigen, bleibt zunächst noch abzuwarten.

Chile leidet unter einer regelrechten, tiefgreifenden Handelskrisis. Von allen Banken wurde vom 5. bis 7. Juli ein übermäßig großer Teil der Einlagen abgehoben, die Rückzahlung in Gold verlangt. Meist wurde Papiergeld gezahlt bzw. angeboten. Da der Wert des Papierpeso unter 17 Pence gefallen war, wurde die Bank von Chile bestimmt, um Papiergeld gegen Goldpesos (im Werte von 18 Pence) einzutauschen. Dies geschah vom 5. bis 7. Juli; mehrere Millionen wurden gezahlt, bis der Goldbestand fast erschöpft war, und man dann — wie schon so oft in früheren Jahren — Hilfe bei der Regierung suchte.

Die chilenischen Banken haben es ganz meisterlich verstanden, dem Staat das Blut aus den Adern zu pumpen. Obgleich die amtliche Handelsstatistik es nicht zugiebt, ist die Einfuhr Chiles viel größer als die Ausfuhr. Das Geld wandert aus dem Lande und ein Ersatz fehlt. Für das Gewerbe fehlt es an Geld und allen Vorbedingungen zur Entfaltung des Unternehmungsgeistes. Die Landwirtschaft muß ihren Kredit durch hohe Zinsen (bis 18 Prozent) erkaufen. Chile produziert kein Gold, sondern nur Silber, und vom Haupt-Ausfuhrartikel, dem Salpeter, haben die Chilenen fast gar keinen Gewinn, da dieses ganze Großgewerbe fast ausschließlich in englischen Händen liegt.

Aber die chilenische Großfinanz will trotz dieses mißlichen Zustandes Geld verdienen und da das auf kapitalistisch-saubere Weise nicht geht, so schlägt man jeden Weg ein, der sich bietet, gleichgültig, ob er früher oder später zum Ruin führt. Man fälscht zunächst die Handelsstatistik, um Dumme zu fangen, denen man die Taschen ausleeren kann, und wenn die Dummen einmal ausgeräubert sind, dann muß, bis sie wieder in genügender Zahl nachgewachsen sind, die Regierung der kapitalistischen Vier nachhelfen.

Die chilenische Regierung hat seit 1894 die größten Opfer gebracht, den Banken ganz unbegreifliche, den Fiskus schädigende Zugeständnisse gemacht. Der Zusammenbruch der Banken sollte vermieden werden, und so wurde die Regierung mehr und mehr in die selbst verschuldeten Schwierigkeiten der Banken verwickelt. Die chilenische Finanzpolitik zeichnet sich eben seit Ende der 70er Jahre, besonders aber seit 1893, durch Hilf- und Kopfschüttigkeit aus. Sie duldet, daß die Banken mehr und mehr Einfluß auf die Regierung des Landes ausüben, das Land ausaugen. Die sogenannten gebildeten, regierenden Klassen legen mehr und mehr ihr Geld in den Banken an und verlangen immer höhere Zinsen. Aber jene Rücksicht, die die Regierung gegenüber den Banken übte, hat ihre guten Gründe.

Das unverzeihlich schwache Verhalten der Regierung bezw. der verschiedenen Ministerien, welche sich so gleichgültig der Thatsache gegenüber verhielten, daß es Chile vollständig zu Grunde richten muß, wenn der Fiskus mehr und mehr solbbarisch mit gewissen, zum Teil von Ausländern geleiteten Banken sich macht, dieses Verhalten wird erst verständlich, wenn man weiß, welche große Anzahl von Häuptern und Mitgliedern der „angesehensten Familien“ zugleich Mitglieder des Senats und der Deputiertenkammer, Besitzer oder Direktoren oder Prokuristen und Hauptaktionäre einer Bank und außerdem Mitbesitzer einer großen Zeitung waren und noch sind. Aus diesen hier angedeuteten Thatsachen erklärt sich die zeitige gelbliche Schwierigkeit der Regierung und der Banken.

Die Regierung steht heute noch finanziell sehr günstig, viel günstiger, als jede andere Republik Amerikas (und viele europäische Staaten) da; sie hat (seit 1832) stets pünktlich Zinsen und Tilgung gezahlt. Aber das Vertrauen beginnt zu schwinden. Die Verkupplung mit dem am Rande des Bankrottes hintaunehmenden Banken muß das Vertrauen untergraben. Und darüber ist man auch bereits klar: die Geldklemme herrscht nicht nur bei den Banken, sondern auch beim chilenischen Staatsfiskus. Wurde doch erst in diesen Tagen der Präsident ermächtigt, sechsmonatige Schatzscheine bis zur Höhe von 2 Millionen Doll. auszugeben und dafür Zinsen bis zu 8 Prozent zu bewilligen. Die

Rüstungen gegen Argentinien sollen 4 Mill. Pfrl. verschlungen haben; dafür rühmen sich aber die Chilenen jetzt, über 80 der Neuzeit entsprechende Kriegsschiffe und 150 000 geschulte Soldaten zu verfügen. Diese Streitkräfte müssen aber doch auch unterhalten werden, und diese Last drückt eben Chile viel mehr, als das gegnerische Argentinien.

Von den Gesamt-Ausgaben des Staates in Höhe von 83 Mill. Doll. entfallen allein 26 Mill. Doll. auf das Heer; die Staatsschuld beansprucht 14 Mill., der Dienst der Staats-Eisenbahnen eben so viel, der für öffentliche Arbeiten 8 Mill. Doll. Die Ausgaben wurden zuletzt mit 88 300 000 Doll. angegeben, so daß ein Fehlbetrag von 8 300 000 Doll. sich ergeben würde. Hinter diesem Defizit steht der Militarismus, der in Chile ein Drittel der Staatsausgaben bildet.

Die chilenischen Zustände spiegeln deutlich das Ziel, dem die Staaten zustreben, deren Leitung in den Händen der kapitalistischen Großfinanz steht. Der Militarismus ist der unzertrennliche Milchbruder des Kapitalismus. Wo das stammesliche Zwillingsspaar Militarismus und Kapitalismus die Staatsverwaltung besorgt, da geht es mit zielbewusster Sicherheit auf den Ruin des Staates los. —

Soziale Bewegung.

In einer Versammlung der Berliner Maurer gab der Verbandsvorstande Wimmelburg einen geschichtlichen Überblick über die Maurerbewegung, die er in drei Perioden einteilte. Er erinnerte daran, daß im Jahre 1869 der allgemeine Maurer- und Steinhauerbund gegründet wurde und in vielen Orten, außer der Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, bedeutende Lohnverbesserungen erkämpft worden sind. Nach der Gründerperiode im Jahre 1873, wo unter den Arbeitern wenig Bedürfnis, sich zu organisieren, vorhanden war, und nachdem durch das Lessendorfsche Regime und später durch das Sozialistengesetz alle Organisationen der Auflösung verfallen waren, gingen die Löhne der Bauarbeiter so rapide zurück, daß sehr bald die Lohnverhältnisse wie vor dem Jahre 1869 eintraten. Die zweite Periode datierte der Referent vom Jahre 1880 ab, in welchem die Gründungen der Fachvereine vorgenommen wurden, die bis 1890 insgesamt 205 Orte mit ca. 33 000 Mitgliedern umfaßten. Die Lohnkämpfe in dieser Zeit nahmen, wie er anführte, in der Mehrzahl einen ungünstigen Verlauf. Der Beginn der dritten Periode der deutschen Maurerbewegung datiert von der Gründung des Verbandes im Jahre 1890 ab, der bereits 1891 ca. 18 000 Mitglieder, 1895 über 17 000, 1896 über 36 000, 1897 ca. 48 000 und gegenwärtig ca. 67 000 Mitglieder zu verzeichnen hat, ein Beweis, daß der Verband wohl im stande ist, erhebliches für seine Mitglieder zu leisten. Während in der zweiten Periode der Maurerbewegung von den gesamten Lokalvereinen nur 102 000 M. für Streikunterstützung, wovon in Berlin 17 000 M., in Hamburg 31 000 M. verbraucht wurden, aufzubringen waren, hat der Verband allein im Jahre 1896 ca. 86 000 M., im Jahre 1897 ca. 192 000 M. für Unterstützung gezahlt und für das Jahr 1898 sind bis jetzt 170 000 M. für diesen Zweck verausgabt worden, und es ist anzunehmen, daß am Schlusse des Jahres die Summe von 250 000 M. überschritten wird. Der Redner, der im weiteren darauf verweist, daß im Verband sämtliche Orte zu den Leistungen der Organisation beitragen und demzufolge auch Anspruch auf Unterstützung bei ihren Lohnkämpfen haben und der die Vorteile des Obligatoriums der Fachzeitung und die der einheitlichen Agitation für die Kräftigung der Organisation hervorhebt, schilderte hierauf in eingehender Weise die Organisationen der Unternehmer, die vor allen Dingen bestrebt sind, die Arbeiter-Organisationen zu vernichten. Die deutschen Maurer, so führt der Redner aus, werden es verstehen, ihre Organisation, durch die schon erhebliche Erfolge erzielt worden sind, zu schützen und die Bestrebungen des Unternehmertums zu vereiteln.

Der **Renner-Ladenschluß** dürfte demnächst in Lüneburg zur Durchführung gelangen, wenigstens haben sich bereits die meisten Ladeninhaber damit einverstanden erklärt, einige noch Widerstrebende hofft man noch zu überzeugen.

In Elmshorn ist die Frage ebenfalls vom Gehilfenverein angeschnitten worden. Ueber weitere Fortschritte dieser Bewegung berichtet ferner die Soziale Praxis: In Flensburg, Uelzen, Saarbrücken, St. Johann, Rastatt-Burbach hat sich der größere Teil der Ladeninhaber verpflichtet, mit Ausschluß des Sonnabends sowie einiger Ausnahmetage das Geschäft um 9 Uhr zu schließen.

Die Kaufleute der Kurz-, Weiß-, Woll-, Fuß- und Manufakturwarenbranche in Linden haben nach der „D. S.-Wacht“ sich dahin verständigt, vom 1. Juni d. Js. ab um 9 Uhr den Laden zu schließen, desgleichen die Kaufleute in Bergedorf seit dem 16. Mai. Der Kaufmännische Verein in Sagan hat beschlossen, den Ladenschluß um 9 Uhr abends festzusetzen und auch die Kolonialwarenhändler aufzufordern, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Uebertretung dieses Beschlusses soll eine Konventionalstrafe von 10 Mark in jedem einzelnen Falle nach sich ziehen. Ebenso sollen in Hameln vom 1. Juni an sämtliche Kolonialwaren- und Cigarrengeschäfte infolge gütlicher Uebereinkunft um 9 Uhr abends schließen. In Wiesbaden soll der Verein selbständiger Kaufleute den größten Teil der Ladeninhaber verpflichtet haben, die Verkaufstafel um 9 Uhr abends zu schließen. Und Magdeburg? —

Äußerst ordentliche General-Versammlung des Central-Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands.

Hamburg, 20. Juli 1898. (Nachmittags-Sitzung.)

Mit der Berichterstattung über den Stand der Mitgliedschaften wird fortgefahren. Es geht aus den Berichten fast sämtlicher Delegierten hervor, daß seit der vorigen Generalversammlung die Mitgliederzahl der einzelnen Mitgliedschaften abgenommen hat. Die Mitgliedschaften der Schauerleute und Ewerfahrer Hamburgs habe ihren alten Stand behalten. Der Delegierte für Schönebeck hatte in der Vormittags-Sitzung mitgeteilt, daß in seinem Heimathafen Korrigenden am Hafen beschäftigt worden seien.

Ein Antrag, der neugewählte Centralvorstand solle bei der preussischen Regierung dahingehend wirken, daß die Korrigendenarbeit in Schönebeck beseitigt werde, wurde einstimmig angenommen.

Es gelangt der 3. Punkt der Tagesordnung: „Organisationsfrage“, zur Verhandlung. Ein Antrag, den 5. Punkt der Tagesordnung: „Agitation“, mit diesem Gegenstand gemeinschaftlich zu verhandeln, wird angenommen.

Die vom Kongress der Generalversammlung zur Berücksichtigung überwiesene Resolution, wonach der Verband der Hafenarbeiter weiter ausgebaut und ein Verband aller in der Transport-Industrie beschäftigten Arbeiter angebahnt werden soll, ferner eine Resolution des Kongresses, welche fordert, daß der Centralvorstand bezw. eine zu wählende Kommission mit der Sammlung von Material betreffs der übermäßig langen Arbeitszeit beauftragt werde, um auf gesetzlichem Wege eine Verkürzung bezw. Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit herbeizuführen, werden zur Diskussion gestellt.

Mehrere Delegierte empfehlen noch die Wahl einer Agitationskommission.

Landahl-Hamburg führte aus, die Agitation müsse eine bedeutend intensivere sein. Trotzdem 51 Hafenstädte zum Kongress eingeladen worden seien, sei dieser doch nicht so beschickt worden, wie man erwartet habe. Es sei also noch viel zu thun übrig. Wozu viel könne er sich von der in Vorschlag gebrachten Agitationskommission nicht versprechen. Die Hauptsache sei, daß eine enge Fühlung zwischen dem Vorstande und den Mitgliedschaften hergestellt werde.

Decker-Magdeburg empfiehlt die Wahl einer aus 5 Personen bestehenden Agitationskommission, an welche das auf die Agitation bezügliche Material gesandt werden müsse. Die Kommission müsse ihren Sitz in Hamburg haben.

Schleef weist auf die Schwierigkeit der Ausführung der in Vorschlag gebrachten Anträge hin. Die Ewerfahrer Hamburgs hätten sich die größte Mühe gegeben, brauchbares, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffendes Material zu sammeln. Viele Fragebogen seien erst sehr spät eingelaufen, andere garnicht ausgefüllt worden. Mit der Wahl einer Kommission allein sei es nicht getan, sie müsse auch gut arbeiten.

Evers-Moskow bespricht sich darüber, daß keine genügende Agitation an der Düstelste betrieben worden ist. Die Agitation müsse von guten Kräften angeführt werden. Die Wahl einer Kommission sei erforderlich, damit etwas Ersprießliches geschaffen werde. Statistische Erhebungen seien einzuleiten. Es sei im vorigen Jahre auf der Generalversammlung beschlossen worden, statistische Erhebungen zu veranstalten. Der Centralvorstand habe aber nichts nach dieser Richtung hin getan.

Kellermann-Hamburg weist den Vorwurf zurück und bemerkt, daß der Redner ja selbst auf Kosten des Verbandes an der Düstelste agitirt habe. Es sei auch nicht von der vorjährigen Generalversammlung beschlossen worden, allgemeine statistische Erhebungen zu veranstalten, sondern der Beschluß laute dahingehend, daß die Vorstände der einzelnen Mitgliedschaften statistische Erhebungen veranstalten sollen.

Sabat, Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, hebt hervor, daß eine Organisation nach allen Seiten hin gut funktionieren müsse. Die Agitationskommission werde schließlich auch nur mit den einzelnen Mitgliedschaften korrespondieren. Von den einzelnen Orten aus müsse die Agitation betrieben werden. Er sei garnicht von der Einsetzung einer Agitationskommission erbaut. Von einer Centrale aus könne die Agitation nicht so zweckmäßig betrieben werden wie von den einzelnen Orten und Landesteilen. In den Gewerkschaften werde jetzt überall die Frage des Unterstufungswesens erörtert. Viele prinzipielle Gegner hiergegen gebe es nicht mehr. Die Organisation werde die Mitglieder erst dann fesseln, wenn Unterstufungs-Einrichtungen vorhanden sein werden. Diese Frage würden auch die Hafenarbeiter in Zukunft zu behandeln haben. Dem Centralvorstand müßten voreerst Agitationskommissionen unterstellt werden, die den Vorständen der einzelnen Mitgliedschaften an die Seite gestellt werden müßten.

Von mehreren Delegierten ist folgender Antrag eingelaufen, der zur Diskussion gestellt wird:

Wir beantragen, daß eine Agitationskommission von Seiten der Hamburger, Altonaer und Harburger Mitgliedschaften gewählt wird, welche statistisches Material, betreffs Arbeitszeit, Löhne, Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Unfälle und Krankheit, verursacht durch Bearbeitung gesundheitsgefährlicher Stoffe, zu sammeln hat. Ferner hat die Agitationskommission die Agitation auf Grund der vom Kongress angenommenen Resolutionen zu betreiben, zu welchem Zwecke ihr 10 Prozent der Einnahme des Verbandes zur Verfügung gestellt werden.

Ginst und Jekt.

Des Volkes Klagelieder ohne Musikbegleitung.

Lied des Schuhmachers.

O, das schöne Schuhmacherhandwerk! Es hatte einen goldenen Boden. Es gewährte selbst den Menschen Muße zur geistigen Bildung. Obgleich Hans Sachs ein fleißiger Schuster war, so hatte er doch noch Zeit und Muße genug, außer Schuhen und Stiefeln auch noch über viertausend Meistergesänge zu dichten.

Hier sitze ich armer Schuster und dichte. Ja, auch ich dichte, aber keinen Meistergesang, sondern ganz gewöhnliche Prosa. Das Handwerk ist faisch. Die Schuster sterben aus. O, Hans Sachs, könnst Du Deine modernen Junstbrüder sehen, wie sie in der Fabrik bloß noch als Automaten nach dem Pfeifen der Maschine tanzen! Dir würde das Singen und Dichten bald vergehen!

Vor mir liegt eine bereits über zwölf Jahre alte Statistik, aus der ich ersehe, daß schon im Jahre 1885 ca. hundert Schuhmacher und Frauen und Kinder mit Hilfe der Maschinerie mehr Schuhe machten, als fünfshundert gute Schuhmacher hätten mit der Hand machen können. Von hundert Schuhmachern mußten achtzig auf die Straße geworfen werden. Eine einzige Maschinmaschine näht in einem Tage über vierhundert Paar Schuhsohlen auf.

Und da sagt man noch: „Schuster, bleib bei Deinen Leisten!“ Was soll das sein? —

Gerichtliche Urteile.

Verlen-Strassammer I.

Der schon öfter vorbestrafte Arbeiter Heinrich Schrader zu Hlensleben, geboren 1850, war am 17. April d. J. abends angetrunken, schrie und lärmte auf der Dorfstraße und beleidigte den Gemeindevorsteher durch Schimpfreden. Das dortige Schöffengericht verurteilte den Angeklagten deswegen am 15. Juni d. J. zu 14 Tagen Haft und 4 Monaten Gefängnis, sprach auch dem Beleidigten die Publikationsbefugnis zu. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

Der Klempner Wilhelm Dreier hier, geboren 1877, war zwei Jahre lang Telegraphenarbeiter, wurde aber Ende Januar d. J. entlassen. Angeblich um sich einen Spaß zu machen, that er weiter, als sei er noch im Dienst, setzte sich seine Diensturtheile auf und gab sich als Ober-Telegraphen-revisor aus. In dieser Eigenschaft erschien er bis zum 16. März, wo er abgesetzt wurde, in verschiedenen Häusern, als die Fernsprecher nach, löste daran die Schrauben los, stellte die Drähte ab und setzte sie dann wieder ein. In dem einen Falle stahl er geständig ein Trockenelement. Die weitere Beschuldigung, einmal auch einen Thaler entwendet zu haben, bestreitet er, wird aber durch das Veresergebnis überführt. Durch die unbefugten vorgenommenen Veränderungen an den Fernsprechern wurde der Betrieb zeitweise verhindert. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 8 Monaten Gefängnis.

Der Handelsmann Friedrich Effert hier, geboren 1868, stellte im April d. J. bei dem Restaurateur Emil Schmidt hier, geboren 1858, im „Alten Dessauer“ in der Tischler-krugstraße einen sogenannten Revolver-Automaten auf, der beim Einschuss von Geldstücken im Gewinnfalle einen größeren Gelbbetrag auswarf. Für 10 Pfg. gewann man im günstigsten Falle 1.50 Mark. Die königliche Anklagebehörde erblickt in dem Gebrauch des Automaten, bei dem der Erfolg vom Zufall abhängt, das Glück eines Glückspiels, während die Angeklagten behaupten, der Gewinn hänge lediglich von der Geschicklichkeit des Spielers ab. Der Gerichtshof nahm auf Grund des Veresergebnisses nicht für erwiesen an, daß die Benutzung des Automaten als Glückspiel anzusehen sei und daß der Erfolg lediglich durch Zufall bedingt werde, jedenfalls komme auch die Geschicklichkeit des einzelnen Spielers mit in Betracht. Hauptächlich sei aber der Nachweis nicht zu erbringen, daß der Schankwirt den Begriff des Glückspiels erkannt habe. Es erfolgte daher Freisprechung.

Der Maurerpolier Hermann Karl zu Klein-Öttersleben, geboren 1856, wurde am 18. März d. J. in einem Civilprozeße hier selbst auf dem Domplatz als Zeuge vernommen und schwindelte hinterher bei Anweisung der Gebühren dem damit betrauten Beamten vor, er arbeite in Uebun und ver- schäume durch den Termin 6 Mark, die ihm nebst 1.50 Mark Aufwand auch angewiesen und ausgezahlt wurden. Später ermittelte sich, daß der Zeuge an jenem Tage nur einen Verdienst von 8.00 Mark gehabt haben würde und außer dem Aufwand noch 70 Pfg. Reisekosten beanspruchen konnte, so daß die Staatskasse um 1.70 Mark geschädigt worden ist. Der Angeklagte erhielt wegen Betrugs im wiederholten Falle 3 Monate Gefängnis.

Der Milchhändler Adolf Fricke zu Sudenburg fuhr am 17. Mai d. J. die Braunschweiger Straße entlang und passierte in starkem Trabe die Straßenkreuzungen, wobei er die 2 Jahre alte Tochter eines Arbeiters überfuhr. Pferd und Wagen gingen über das Kind weg, das trotzdem nur eine geringe Hautabschürfung am rechten Knie davontrug. Der Gerichtshof belegte den Angeklagten wegen fahrlässiger Körperverletzung und Straßenpolizeiübertretung mit 20 Mark Geldstrafe.

Die Frauenpost.

Solidarische Waschfrauen. Im Oberhessischen Anzeiger befindet sich folgendes Inserat:

Achtung! Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß wir von heute ab für den bisherigen Tagelohn nicht mehr waschen dürfen und derselbe von jetzt ab 1.50 Mark beträgt. Wir haben jetzt beschloffen, daß keine von uns Waschfrauen mehr billiger waschen darf und jede Zuwiderhandlung mit einer Geldstrafe büßen muß. Wenn man auch vor morgens früh bis spät in die Nacht hinein wäscht, denn das weiß ein jeder Mensch, daß dies ein faurer Verdienst ist, so kann man mit Recht solchen Preis verlangen.
Friedberg, den 11. Juli 1898.

Sämliche Waschfrauen Friedbergs.

Dravo!

Frauenemanzipation in Rußland.

In Sachen der Frauenemanzipation sind es in Rußland vorzugsweise staatliche Institutionen und höhere Staatsbeamte, die es sich angelegen sein lassen, der Frau nicht nur in den verschiedensten Berufsweigen die Möglichkeit zum Wettbewerb mit dem Manne zu schaffen, sondern auch praktisch zu erleichtern. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Stellung, die die staatlichen Behörden dem weiblichen Apotheker gegenüber einnehmen. Seit einigen Jahren können die Frauen dem Gelehr nach in Apotheken als Beihilferinnen eintreten und sich in gleicher Weise wie die Männer die Würde eines Apothekerlehrlings oder Provisor erwerben. In der Residenz hat aber auch nicht eine der privaten Apotheken von der Berechtigung Gebrauch gemacht, Frauen als Apothekerlehrlinge aufzunehmen, und auch in der Provinz ist dies, so viel wir wissen, nur in ganz vereinzelten Fällen geschehen. Der russischen Frau fehlt somit die Möglichkeit, sich zum Apothekerberuf auszubilden. Da geht nur, wie der Kölnischen Volkszeitung berichtet wird, abermals die Krone bahnbrechend vor. In der St. Petersburg Apotheke des Alexander-Hospitals werden auch Frauen als Beihilferinnen aufgenommen, und jetzt hat es der Militär-Medizinal-Inspektor, Leibmedikus Reinert, durchgesetzt, daß bei der militär-medizinischen Akademie besondere praktische Uebungen für Frauen eingeführt werden, die sich zum Apothekerberuf widmen wollen. Die Kurse werden in dem Kaiserlichen Militär-Hospital abgehalten. Zunächst werden zu diesen Kurzen und praktischen Uebungen immer nur 6 bis

8 Personen zugelassen werden. Nach Ablauf einer gewissen Zeit können dann diese weiblichen Apothekerlehrlinge bei der militär-medizinischen Akademie oder bei der medizinischen Fakultät einer beliebigen Universität ihre Prüfung zur Erlangung der Würde eines „Apothekerlehrlings“ und eines „Provisors“ ablegen. Es handelt sich zunächst nur um die sogenannten freien Berufe, die den Frauen zugänglich gemacht sind oder es werden sollen, wie Arzt, Apotheke, Rechtsanwältin etc. Aber es wird auch die Zeit nicht ausbleiben, wo die Ansprüche der russischen Frau wachsen werden, und sie es ganz natürlich finden wird, daß sie auch Richter, Staatsanwältin etc. wird.

Witcherschan.

Der höchst spannende, sensationelle und tief ergreifende Roman Victor Hugo's: Die Armen und Elenden, beginnt (eben im 2. Halbjahrgang der illustrierten Romanbibliothek **In Freien Stunden** (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Weißstraße 2). Wir machen unsere Leser auf diese ebenso billige wie empfehlenswerte Wochenschrift besonders aufmerksam. Jedes Heft kostet nur 10 Pfennig und bringt in wirklich guter Ausstattung 24 Seiten Romanstet mit je einem künstlerischen Bild, außerdem 2 Seiten kleines Feuilleton (Novellen, Skizzen, Humoristisches). Wir sind überzeugt, daß der Verlag gerade mit diesem, für die Freien Stunden extra bearbeiteten Roman, der von Kapitel zu Kapitel das Interesse der Leser steigert, sowie durch die künstlerischen Illustrationen Dambergers noch an Wert gewonnen wird, einen guten Griff gemacht hat und wir laden unsere Leser zu recht zahlreicher Abnahme dieser wirklich empfehlenswerten Romanbibliothek ein. Jeder Kolporteur, jede Buchhandlung, sowie unsere Expedition nimmt Bestellungen an und wenn die Kolporteur sich die Mühe geben, z. B. das 27. Heft in Versammlungen auszuliegen oder von Haus zu Haus zu verbreiten, so sind wir überzeugt, daß sie zahlreiche Abnehmer finden werden. Heft 29 und 30 der Freien Stunden enthalten: Die Armen und Elenden. Roman von Victor Hugo. — Die Madame Patar Nafahererin wurde. — Die Mühsahrtarte. — Dies und Jenes. — Kulturhistorische Notizen. — Witz und Scherz. Preis pro Heft 10 Pfennig.

Wasserstände.

	24. Juli	25. Juli	Fall	Wuchs
Ausig	24. Juli	25. Juli	-0.33	—
Dresden	—	—	-1.50	0.01
Zorgau	—	—	+0.43	0.03
Wittenberg	—	—	+1.15	—
Hoflau	—	—	+0.67	0.03
Borbis	—	—	+1.12	0.09
Schönebeck	—	—	+1.00	0.08
Magdeburg	25. —	26. —	+1.17	0.08
Zangermünde	24. —	25. —	+1.80	—
Wittenberge	—	—	+1.62	0.06
Damitz, Pegel	—	—	+1.20	0.05
Lauenburg	—	—	+1.34	0.04

Unterhaltungsteil.

Russische Dorfaristokratie.

Ein Sittenbild von D. A. Isalow.

Aus dem Russischen von Wilhelm Goldschmidt.

(Nachdruck verboten.)

Zeichnete sich auch das Gut von Dion Pawlowitsch weder durch Schönheit noch Ueppigkeit aus, so würde jeder andere im Besitze dieses Nestes inmitten weicher Wiesen für einen glücklichen Menschen sich halten. Malachow hingegen sah auf dieses Nest wie sein vorzeitiges Grab. Er war, wie gesagt, etwa sechzig Jahre alt, von mittlerem Wuchs, stämmig, mit gewölbter Brust und breiten Schultern. Sein Gesicht mit der niederen Stirn, den dicken Lippen, dem fetten Kinn, welches gewichtig auf dem Stehagen der Uniform lag, und dem horstigen Schnurrbart hatte strenge Züge. Er trug ganz kurzes Haar, was ihm ein soldatisches Ansehen gab. Da er erit unlängst sich angekauft hatte, wußte man nur so viel von ihm, daß er aus der Krim kam und General war. Nachdem er seinen Abschied genommen, that er seinen Anteil auf und kaufte tausend Desjätinen Land, die unter dem Hammer standen. Den Kaufpreis für sein Landgut erlegte er in neuen Kreditbilletten mit laufenden Nummern, mit solchen Billetten überschwennte er in der ersten Zeit die ganze Umgegend, weshalb man ihn für einen neuen Rothschild hielt. Da aber nach einiger Zeit diese Geldzeichen verschwanden und der General überhaupt weniger Ausgaben machte, so verstimmt allmählich die märchenhaften Gerüchte über seine unerschöpflichen Reichthümer. Von der Landwirtschaft hatte er keinen Begriff; in einem Anfall hastiger Laune kaufte er das Gut und fand nun nicht im entferntesten, was er in seinem neuen Palästina zu finden geschafft hatte. Nicht entfernt war der Boden so fruchtbar, wie die Berechnungen der Bank angaben; der Wald erwies sich wenig ertragsfähig; die überschwennten verwilderten Wiesen waren von kleinem Gesträuch überwuchert; der Damm, auf welchem die Mühle stand, hatte keine Festigkeit, da die Pfähle von unten faulten; das Herrenhaus war so morsch, daß man darin nicht wohnen konnte — es schien gar gefährlich, sich ihm zu nähern.

Der General wurde böse, wetteerte auf die Bank und fuhr nach Scharatow, wo er vierkantig behauene Fichtenbalken und glatt gehobelte Bretter erstand, welche er auf sein Gut schaffen ließ; Zimmerleute und Steinhauer mußten herbei. Er errichtete für sich ein Zelt und verfuhr dasselbe mit einem eisernen Feldbett. Nachdem das Herrenhaus bis auf den Grund niedergerissen war, baute er sich eine neue Behausung. Er führte den Bau schnell aus, militärisch, gleichsam als errichte er ihn unter dem Feuer des Feindes. Der Hornist Tschipzow, welcher mit ihm aus der Krim gekommen war und neben seinem Zelte schlief, spielte morgens wie abends, sein Horn weckte die Arbeiter und rief sie zum Frühstück und zu Mittag. Beim ersten Hornsignal stand auch der General auf, sprang hurtig aus dem Bett, wusch sich im Bach und war sogleich bei den Arbeitern. Anfangs Herbst war der Bau vollendet. Der General ließ ein Te Deum abhalten, gab den Arbeitern, auf deren Wohl er trank, einen Festgelmans mit gebratenem Gänsefleisch, deren Hören Tschipzow mit Blattgold belegt hatte, und begab sich in seine Zimmer in Gesellschaft des Priesters und Diakons. Am gleichen Tage wurde auch die Mühle in Gang gebracht. Während Tschipzows Horn ertönte, der Priester das Te Deum in dem Wasser gefüllten Kelch neigte und der Küster „Glorie, Gott, Wasser Menschen!“ anstimmte wurden die Schenken geöffnet,

die Mäder drehten sich, Wasser stäubte auf, die Mühlscheine kreischten und wie aus einem Kermel schüttete sich in die Rosten das warme Mehl aus.

Der General hatte das Wohnhäuschen in zwei Hälften geteilt, welche ein geräumiger Flur schied. Die eine Hälfte bestand aus einem einzigen Vorzimmer, in welchem der Hornist schlief, ferner in einem kleinen Saal, einem Kabinett und Schlafzimmern, welche Dion Pawlowitsch bewohnte; die zwei Zimmer der anderen Hälfte bewohnte Anna Gerasimowna. Welche Rolle dieselbe im Hause des Generals spielte, war nicht ersichtlich. Man erzählte, daß sie Dion Pawlowitsch bald Excellenz, bald einen alten Narren nannte — letzterer Anekdote bediente sie sich jedoch nur im Jörn, und auch dann nur, wenn derselbe seine äußerste Grenze erreichte, was jedesmal einen Rückzug des Generals in seine Hälfte zur Folge hatte.

Anna Gerasimowna war eine Frau von etwa fünf- undzwanzig Jahren, voll, weiß, rotwangig, mit einem hübschen Gesicht und anziehenden Manieren. War sie in guter Stimmung, besonders wenn sie Gäste bei sich hatte, so dehnte sie ihre Worte, sprach langsam und singend, kniff die Augen zu und blickte so schelmisch, daß der General, wenn er auf diese Augen sah, in einen entzückten Zustand geriet. Zu Hause ging sie meistens im Negligee; machte sie Besuche oder ging sie zur Messe nach Malinowka, so war sie in Seide und wuschte aller Augen auf sich zu ziehen. Im Hause des Generals galt sie als eine Art Haushälterin, obgleich sie sich mit keiner Art häuslicher Arbeit beschäftigte — ihre ganze Thätigkeit beschränkte sich auf das Einschicken des Thees, und auch nur dann, wenn sie bei Laune war; mannte sie, so mußte Tschipzow, ob er wollte oder nicht, für sie eintreten. Fast den ganzen Tag lag sie faul ausgestreckt auf dem Schlafsofa in ihrem Zimmer oder sie saß am Tisch und wahrte die Karten. Stets träumte ihr von einem Bräutigam, welchen ihr das Schicksal bestimmt hatte; prophezeiten ihr die Karten Erfüllung ihres Wunsches, so rätelte sie sich von neuem auf dem Sofa, die Hände unter den Kopf gelegt, und träumte vor sich hin. Ihre Träume aber blieben Träume, der vom Schicksal bestimmte Bräutigam lebte einzig in ihrer Vorstellung.

Bei solcher Bewandnis war es selbstverständlich, daß es in der Wirtschaft von Dion Pawlowitsch drunter und drüber ging. In seinem Hause war weder ordentliche Buttler, noch Obstbrantwein, noch Fruchtsaft zu finden, Sauerkraut und Salzgurken schmeckten nach dem Faß, und ohne Tschipzow hätte seine Excellenz häufig ohne Mittagbrot bleiben müssen. (Fortsetzung folgt.)

Bermischte Nachrichten.

Eine Engelmacherin aller Schlimmster Art ist dieser Tage in Hamburg von der Polizei entdeckt und vorläufig auf längere Zeit unschädlich gemacht worden. Die in Wien geborene Ehefrau des in Hamburg ansässigen Tischlers Fedders hatte im Januar d. J. in verschiedenen Hamburger Blättern eine Annonce des Inhalts erlassen, daß sie beabsichtige, ein Kind diskreter Geburt für eigen anzunehmen. (Ähnliche Anzeigen finden wir tagtäglich auch in hiesigen Blättern. D. N. d. W.) Es gingen eine Menge Offerten auf diese Anzeige ein, und Frau Fedders bestellte alle Interessenten zur Rücksprache nach einem ihrer Wohnungen gegenüberliegenden Broitgeschäft. Hierhin kam denn u. a. auch eine auf dem Hammerbrock wohnende Hebamme hin, welche das uneheliche Kind einer jungen Näherin unterzubringen hatte. Nach längeren Unterhandlungen einigte sie sich mit der Feddern dahin, daß diese sofort 50 Mark erhalten, dann das Kind zu sich nehmen, und nachdem dann die Adoptierungsformalitäten beschafft sein würden, fernere 200 Mark erhalten solle. Der ganze Betrag wurde der Frau auch ausbezahlt, die Feddern behielt das Kind aber nicht bei sich, sondern gab es sofort nach Altona in Pflege. Als die Mutter hiervon Kenntnis erlangte, erstattete sie bei der Polizeibehörde Anzeige; das Kind wurde den Pflegeeltern in Altona abgenommen, und die Feddern wegen Betruges verhaftet.

In ihrer Wohnung wurde sodann eine Haus-suchung vorgenommen, bei der man in einer Kommode der Frau elf Rechnungen über Kinderleihen-Bestattungen vorfand, die auf den Namen der Frau Feddern lauteten und sämtlich in der Zeit vom Jahre 1895 bis 1897 ausgestellt waren. Eine Anzahl weiterer aus dieser Zeit herrührender Bestattungsrechnungen hat die Frau, wie sie in den Verhören zugab, vernichtet.

Bei ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter gab sie zu, daß sie seit dem Jahre 1886 etwa 40 Kinder verpflegt habe, von denen ihrer Angabe nach etwa 20 gestorben seien. Sie gab ferner zu, daß sie zu den von ihr verpflegten Kindern, wenn sie erkrankt waren, niemals denselben Arzt zu Rate gezogen habe und hat etwa 13 Aerzte namhaft gemacht, welche sie successive konsultiert hat. Die Namen aller herangezogenen Aerzte vermochte sie nicht mehr anzugeben. Die weitgehendsten Nachforschungen werden jetzt von der Behörde angestellt, und man ist recht gespannt darauf, was die Untersuchung noch weiter des Schrecklichen zu tage bringen wird. Zu bemerken ist noch, daß der Ehe-mann der Verhafteten, ein fleißiger außer dem Hause arbeitender Tischler, von ihrem ganzen Thun und Treiben keine Ahnung gehabt haben soll, das Halten von Pflege-kindern sowohl hier in Hamburg, als auch in Altona, wo sie früher gewohnt hatte, untersagt worden war und daß die Frau bereits zweimal wegen Verdachtes der Engelmacherei in Untersuchung gewesen ist.

Weiteres.

Auch eine Religion. In einer Klasse der lutherischen Stadtschulen mußte sich der Lehrer erkundigen, welcher Konfession die Schüler angehören. Ein neunjähriger Junge meldete sich weder beim Aufruf der Katholiken, noch dem der Protestanten; daß er nicht Israelit sei, war klar. Auf die Frage des Lehrers, was er denn sei, antwortete der Junge prompt und schneidig: „Sogakait“.